

Basel Stadt Land Region

Privatversicherte leiden unter Tarifstreitigkeiten

Rentnerpaar sitzt auf Kosten Sympany kündigt den Vertrag mit dem Bethesda. Die Spitäler würden zu hohe Tarife verlangen, so die Kritik der Krankenkassen. Die Klinik widerspricht.

Benjamin Wirth

Sollten Ueli Trachsel und seine Frau krank werden, möchten sie sich die beste Behandlung, die es gibt, leisten können. Seit Jahrzehnten zahlen sie deshalb jeden Monat rund 1700 Franken in die Krankenkasse ein. Das Rentnerpaar aus Bottmingen ist privat versichert, zusätzlich zur Grundversicherung.

Nun aber fragen sich die beiden, die ihre richtigen Namen nicht preisgeben wollen, ob eine Zusatzversicherung überhaupt noch Sinn ergibt. Denn ihre Vorsorge, Sympany, hat den Tarifvertrag mit dem Basler Bethesda-Spital gekündigt. Für das Ehepaar ein Riesenproblem. In den vergangenen Jahren haben sie regelmässig, und immer häufiger, die dortigen Ärzte aufsuchen müssen und sich unter anderem wegen starker Rückenschmerzen mehrmals operieren lassen.

Im Bethesda machen sie gute Erfahrungen, sie bauen zu verschiedenen Spezialisten ein Vertrauensverhältnis auf. Das schönere Zimmer, der bessere Service, die freie Arztwahl – «wir haben uns immer wohlgefühlt». Jetzt müssen sich die beiden Rentner jedoch neu orientieren. Zwar erbringt das Basler Spital weiterhin die medizinischen Leistungen, doch die beiden bekommen keine exklusive Behandlung mehr. Oder anders gesagt: Sie müssten selbst dafür aufkommen, obwohl sie seit rund vierzig Jahren in die Versicherung einzahlen. Auf den Kosten bleiben sie allenfalls sitzen.

Krankenkassen kritisieren Spitäler

Dieser Fall ist beispielhaft. Es kommt immer häufiger vor, dass Tarifstreitigkeiten zwischen Krankenkassen und Spitälern die Zusatzversicherten direkt belasten. Wobei: Angesprochen auf den aktuellen Fall, entgegnet Jacqueline Perregaux, Sprecherin von Sympany: «Genau das wollen wir eben verhindern.»

Sie betont: «Es ist für uns das A und O, dass Tarifstreitigkeiten nicht auf dem Buckel unserer Kunden ausgetragen werden.» Eine Versicherung schaue die Spitaltarife jährlich jeweils sehr genau an, so Perregaux. Zu den Vertragsdetails mit dem Bethes-



Verlangt das Basler Bethesda-Spital unverhältnismässige Tarife? Foto: Margrit Müller

da möchte Sympany keine Auskunft geben. Aber die Sprecherin hält fest: «In 99 Prozent der Verhandlungen finden wir eine Lösung.»

Dass einige Spitäler zu hohe Preise für Zusatzversicherte verlangen, monieren die Krankenkassen schon länger. Im letzten Jahr hat die Concordia deswegen den Tarifvertrag mit den Zürcher Regionalspitälern gekündigt, wie der «Beobachter» berichtet. Und 2020 scheiterten die Verhandlungen der Helsana und mehrerer St. Galler Kliniken.

In diesen Beispielen sind Privat- und Halbprivatversicherte ebenso auf einem Teil der Kosten sitzen geblieben. Die Kritik der Krankenkassen richtet sich an die

Spitäler, die durch Privatversicherte viel Geld machen würden. Viele Zusatzversicherte würden jedoch übertriebene Prämien für Leistungen mit fragwürdigem Nutzen zahlen. So würden die Kliniken die grossen Versprechen, wie etwa die exklusive Hotellerie, nicht immer einhalten.

Über 1500 Verträge werden angepasst

Zugleich sei das Geschäft für die Öffentlichkeit undurchsichtig. Dies sieht auch die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (Finma) so. Sie hat die Versicherungen deshalb aufgefordert, die Verträge mit den Spitälern bis Ende 2024 zu erneuern, um die Kunden zu schützen. Vor ein paar

Tagen ist nun bekannt geworden, dass über 1500 Verträge zwischen Spitälern und Krankenzusatzversicherern angepasst werden.

Die andere Sicht ist die der Spitäler. Sie widersprechen. Daniel Kloetzli meint, «dass die Krankenkassen jährlich ihre Prämien für Versicherte erhöhen». Der Sprecher des Bethesda-Spitals weiter: «Gleichzeitig werden gegenüber den Leistungserbringern tiefere Tarife erzwungen.»

Deshalb würden Versicherte mehr Prämien bezahlen sowie die Spitalleistungen «je länger, desto weniger» gedeckt werden. «Das ist eine Situation, gegen die wir uns wehren.» Zum aktuellen Fall sagt Kloetzli: «Das Bethesda-Spital hätte den bisherigen, letzt-

jährigen, bereits sehr tiefen Tarif akzeptiert – trotz massiver Teuerung.» Neben Sympany befinde sich auch die Krankenkasse Groupe Mutuel aktuell «und aus ähnlichen Gründen» in einem vertragslosen Zustand.

Gesundheitsökonom ordnet ein

Für Stefan Felder, Gesundheitsökonom an der Universität Basel, ist es «absolut» nachvollziehbar, wenn die Versicherungen nicht auf die Verträge eingehen.

«Ein Recht hierzu besteht ohnehin, und die Tarife, die die Spitäler abrechnen wollen, sind zuweilen jenseits von Gut und Böse.» Dennoch wäre es laut Felder falsch, wenn Kunden ihre

Zusatzversicherung nun auflösen würden.

Der Experte sagt: «Bei stetig steigendem durchschnittlichem Einkommen sollte die Privatversicherung künftig wieder wichtiger werden. Also je reicher eine Gesellschaft, desto höher der Anteil der privaten Krankenversicherung an den Gesamtkosten der Gesundheitsversorgung.»

Ueli Trachsel und seine Frau wollen die Privatversicherung weiterlaufen lassen. Das Rentnerpaar muss sich aber in der Umgebung andere Spitäler aussuchen, bei denen Sympany Zusatzleistungen übernimmt. In der Hoffnung, dass sie nie mehr unter Tarifstreitigkeiten leiden werden.

Petition gegen Parkplatzabbau

Autofahrer wehrt sich Eine Einzelperson hat rund 340 Unterschriften gegen das Vorhaben im Wettsteinquartier gesammelt.

Im Umfeld der Peter-Rot-Strasse und an der Wettsteinallee streicht das Bau- und Verkehrsdepartement von Direktorin Esther Keller (GLP) 32 weitere Autoparkplätze ersatzlos. Dies, weil der dort bestehende 1,5 Meter breite Velostreifen nicht mehr den Sicherheitsvorgaben des Kantons entsprechen würde. Velofahrer müssten entlang der parkierten Autos fahren, was zu gefährlichen Situationen führen könnte.

Ein Bekannter von betroffenen Anwohnern, die betagt und auf

ein Auto angewiesen sind, hat gegen die Streichung rund 340 Unterschriften gesammelt und diese am Dienstagnachmittag bei der Staatskanzlei in Form einer Petition eingereicht. Dies bestätigt die Basler Staatsschreiberin Barbara Schüpbach-Guggenbühl.

Der Sammler der Unterschriften, der seinen Namen nicht in der Öffentlichkeit lesen möchte, stellt unter anderem die Frage, wo denn Anwohner nach dem Wegfall ihr Auto parkieren sollen. Die Fahrzeuge würden sich nicht

«Wir begrüssen das sehr, wenn Leute aus den Quartieren ein Zeichen gegen den Parkplatzabbau setzen.»

Daniel Seiler
Geschäftsführer Automobilclub beider Basel und FDP-Grossrat

einfach in Luft auflösen und müssten ordnungswidrig parkiert werden.

«Falsche» Verkehrspolitik

In einem Brief an die Redaktion schreibt er bezüglich des Abbaus von einem «erschreckenden Tiefpunkt» und von einer «falschen» Verkehrspolitik, welche die rot-grüne Regierungsfraktion von SP und GLP da treiben würden. Die Regierung würde Meinungen, Probleme und Vorschläge von Auto-, Lastwagen- und Liefer-

wagenfahrern systematisch ausblenden und somit gar nicht erst suchen, heisst es in dem Brief weiter. Der Urheber der Petition fordert einen Dialog zwischen der Basler Regierung und den Autofahrern.

Es dürfe nicht sein, dass auf «arrogante Weise» über Automobilistinnen und Automobilisten hinwegregiert werde.

Geschäftsführer Daniel Seiler vom Automobilclub beider Basel (ACS) sagt, dass sein Verband die Petition unterstütze. «Wir be-

grüssen das natürlich sehr, wenn Leute aus den Quartieren ein Zeichen gegen den Parkplatzabbau setzen. Wir haben daher den Unterschriftenbogen auf unserer Website aufgeschaltet, aktiv aber keine Unterschriften gesammelt.»

FDP-Grossrat Seiler sei «gespannt», mit welchen Antworten die Petitionskommission und die Regierung auf die Petition reagieren werden.

Martin Regenass